

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 145.

Montag, den 5. Juli 1920.

160. Jahrgang.

## Tageschronik

Die deutsche Delegation in Spaa eingetroffen.  
Das Programm des ersten Tages der Konferenz.  
Sachverständigen Gutachten über Deutschlands Leistungsfähigkeit.  
Innenminister Dr. Simons über Spaa.  
Erhebung Bedenken durch die Volkswirtschaft.  
Königliche Hilfe für Polen.  
Die Italiener räumen Albanien.  
Widmung der Nationalisten in Anatolien?  
Milderung des Steuerabzugs.

## Beginn der Konferenz von Spaa.

### Ankunft der deutschen Delegierten.

Spaa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der Deutschen Delegation lief kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall in den militärisch abgesperrten Bahnhof ein. Die Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Hause von dem Generalsekretär der Konferenz, Jacquelin, und von Graf Dukalet in Namen der belgischen Regierung begrüßt und brachte sich in Staatsautomobilen in ihre Quartiere.

## Die Tagesordnung von Spaa.

### Lord George gegen Frankreichs Unversöhnlichkeit.

Paris, 4. Juli. Verschiedene Mittelungen lassen darauf schließen, daß bei den Alliierten der Wunsch besteht, den Deutschen in Spaa Gelegenheit zu geben, sich offen über die deutsche Wirtschaftslage und die Möglichkeiten der Wiedergutmachung seiner Zahlungsverpflichtungen auszusprechen. Durch den Brüsseler Beschluß, daß die deutschen Vertreter mit denen der Alliierten durchaus gleichberechtigt sein werden — ein Grundfaß, den Lord George durchschlägt — werden anfängliche Schwere Bedenken gegen die Konferenz zerstreut. Die Deutschen werden auch das Recht haben, von den Alliierten nicht vornehende Gegenstände für die Tag-Verhandlung vorzuschlagen.

Für die Tagesordnung von Spaa sind seitens der Alliierten bisher folgende Punkte aufgestellt: Abrechnung, Entschädigung, Kolonialfrage, Kurzeiligkeit der angeschuldigten deutschen Offiziere, Danzig, Abwehr der neu geschlossenen Front der Alliierten soll immer einer der anwesenden Ministerpräsidenten das Wort führen, zunächst Lord George in der Währungsfrage. Ueberhaupt scheint Lord George die wichtigsten Verhandlungen selbst führen zu wollen, wie er auch entschlossen scheint, unversöhnlichen Forderungen Frankreichs nicht nachzugeben. Besonders ist, daß Lord George sich am Sonnabend der französischen Forderung, die deutschen Kohlen in der Weise unter Kontrolle zu stellen, daß auf allen deutschen Zügen und in Betrach kommenden Bahnhöfen Kontrollen für die Überwachung des deutschen Kohlenverkehrs einzuführen werden sollen, entschieden widersetzt, die eine veraltete, aufreißende Diskussion nannte und den Saal verließ. Zur Währungsfrage erklärte Lord George einem amerikanischen Journalisten, daß die deutschen Vertreter zwar nicht den Inhalt des Vertrags, wohl aber die Methode seiner Durchführung erörtern und deshalb auf freierem Grundlage die Wirtschaftslage und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erörtern können.

Fernerzuheben ist noch, daß Vorklagen für die Wiedergutmachung der Verluste durch die deutsche Regierung im Jahre 1914/15 in Belgien als neue Briefe erörtern. Die von Belgien im Jahre 1914/15 in Belgien erörtern im Werte 250 Millionen Mark werden Belgien durch den Vertrag. Ferner soll Deutschland die sofortige Einlösung der von Deutschland der belgischen Regierung für während der Besetzung ausgegebenen 7 Millionen Mark übergebenen Bonds pro Umrechnungssatz von 1 Mark = 1,25 Franc samt den angekauften Zinsen bis zum Einlösungssatz zur Pflicht gemacht werden.

### Serve warum die Franzosen.

In der 'Victorie' sagt Gustave Serve, ein Teil des französischen Publikums habe es nötig, daß man ihm im Zusammenhang der Gründung der Konferenz von Spaa in Erinnerung bringe, daß, wenn man eine Stadt melten wolle, man ihr nicht die Güter abnehmen dürfe. Deutschland sei militärisch erbeutet. Es habe einige seiner größten Produktionsquellen verloren; so präsentiere sich Deutschland in Spaa.

## Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

### Das Gutachten der deutschen Sachverständigen.

Das dem Obersten Rat am 30. Juni in zwei amtlichen Deutschschriften übermittelte Gutachten der deutschen wissenschaftlichen Sachverständigen deutet ausdrücklich, daß das am 29. Juni in Versailles gemachte deutsche Angebot einer Höchstschadensausgleichs von 100 Milliarden Goldmark heute nicht mehr wiederholt werden könne, weil von den damals aufgestellten interzierenden Voraussetzungen — vor allem Befassung Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht des Völkerbundes, Befassung der Handelsflotte, keine Diskussion deutschen Gebietes — auch nicht eine einzige erfüllt sei.

Da Deutschland nicht genügend exportieren kann, ist es erforderlich, daß es einen Teil seiner lebendigen Kräfte in Form von Arbeitskraft und der Landwirtschaft nötigen Warenmengen nötig. Der unbedingte Einfuhrbedarf für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 wird auf über 41,5 Millionen Tonnen Rohmaterial und 300 000 Tonnen Kohlen berechnet. Dafür sind ausländische Kredite in Form einer Notanleihe nötig, deren Bedingungen nur in mündlichen Verhandlungen festgelegt werden können. Im einzelnen müßte bei der Ausführung des Verfallers Vertrages von folgenden Voraussetzungen auszugehen werden:

Wiedergutmachung Deutschlands im Wege der Gegenseitigkeit, wirtschaftlicher Gleichberechtigung und Rechtshohheit im Ausland; Nichtanwendung der Wiedergutmachung; freie Verkehr mit Ostpreußen; Wegnahme der Lasten der Reparation; Einlösung der Restitutions der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände in die Wiedergutmachung; finanzielle Ausweitung der Entente; Besserung des zu Deutschlands Existenz nötigen Schiffsraumes; unmittelbare Verlinkung der Berechtigten über den Gegenwert der bereits handelten und das Eigentum an noch nicht handelten deutschen Rechten und Interessen im Ausland; Erhaltung Oberschlesiens als unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung. Einfallig werden jedes deutschen Wiedergutmachungsangebots bei Ausfall der Zustimmung gegen Deutschland, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würden.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage unklar und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbare Zeit keine andere Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatshaushaltes, soweit äußerliche Einschränkungen und stärkere Steuererhöhung nicht ausreichen, durch bewußtlose Ausgabe neuen Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren löst sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß.

### Eine Unterredung mit Dr. Simons.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons äußerte sich in Spaa gegenüber ausländischen Pressevertretern dahin, daß weder Deutschland noch die Entente mit der Festsetzung der Wiedergutmachungsumme bis Mai 1921 warten könnten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Die ganze Welt könne nur durch internationales Zusammenarbeiten vor völliger Zusammenbruch bewahrt werden, deshalb müsse man schon jetzt zu einer Einigung kommen, die Deutschland nach jeder Richtung fördern werde. Eine bestimmte Summe für die Wiedergutmachung zu nennen, sei natürlich vollständig ausgeschlossen, Deutschland könne jedoch, wenn völlig Einverständnis über gewisse Voraussetzungen durch freimütige, mündliche Verhandlungen erzielt werde, ein erstes Angebot machen. Bei Unterzeichnung des Verfallers Vertrages habe er den Reichstag quittiert, weil nicht seine Pflicht Deutschland die furchtbar harten Bedingungen bieten in der Industrie eingehend studiert, wiewohl Deutschland den Vertrag erfüllen könne. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was seiner Pflicht nach Deutschland erfüllen könne. Diese Erfüllung müsse in der Hauptsache in Arbeit bestehen, die wieder von drei Bedingungen abhängen: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im Anzen. Diese Dinge und die Zukunft Oberdeutschens

Anzeigenpreis Der 6sp. Millim.-Raum 30 Pf. der 8sp. Millim.-Raum 1 Mk. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezahler auf seine Anzeigen in Zahlung genommen. Bittgergebür 50 Pf. Worte besonders Form Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

feien die wichtigsten Voraussetzungen für eine Einigung, zu der zu gelangen, Deutschlands fester Wille sei.

## Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Als erstes Erfordernis der deutschen Außenpolitik bezeichnet Außenminister Dr. Simons in einer Unterredung die schleunigste Wiederherstellung des diplomatischen Dienstes mit allen Staaten. Dies sei umso notwendiger, weil man sofort an den Abschluß von Handelsverträgen gehen müsse, die einestells als Kriegserfolge von selbst erloschen, andererseits von den Neutralen gekündigt worden seien. Dr. Simons hob die besondere Bedeutung Südamerikas in seinen Beziehungen zu Deutschland hervor und sprach die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen zu diesen Ländern, namentlich zu Argentinien gefördert werden. Der argentinische Gesandte in Berlin habe sich ihm gegenüber gleichfalls in diesem Sinne ausgesprochen.

## Die polnische Abstimmungs-Sabotage.

Die Polen haben die Weisungen der Ententekommission, Erschwernisse der Reise der Deutschen zu unterlassen, auch am 2. Juli nicht befolgt. Es wurden 1950 Stimmberechtigte wieder von der Weiterfahrt ausgeschlossen, so daß sie nach Stolpmünde und Swinemünde zur Verbringung auf dem Seeweg umgeleitet werden mußten. Bisher wurden etwa 2900 Deutsche von den Polen zurückgehalten.

Die Konferenz-Ententeoffiziere melden, daß sich die Polen an die Anordnungen der Entente nicht halten, da sie bisher keine Weisung aus Warschau empfangen hätten. So ist also, anscheinend selbst die internationalisierte Kommission nicht in der Lage, Wandel zu schaffen.

## Zusammenstoß mit alliierter Soldaten in Dresden.

Dresden, 3. Juli. Vier wurde ein französischer und ein englischer Soldat, von einem Herrn und einer Dame, die die Uniform nicht trugen, um eine Gasse für die Grenzspende angeprochen. Darauf würgte ein französischer Soldat die Dame am Hals und warf sie auf das Pflaster. Auch der Herr wurde gewürgt und niederknien. Es entstand eine Schlägerei mit dem ersten Publikum. Ein Polizeibeamter, namens Kühn, wurde dabei mit der Weisung beauftragt und verhaftet. Ein englischer Offizier nahm die Soldaten fest. Die erregte Menge konnte nur mit Mühe von Täuschlichkeiten abgehalten werden.

## Die Volkswirtschaften in Lemberg.

Die Konferenz in Brüssel erhielt am Sonnabend die Nachricht, daß die Stadt Lemberg in die Hände der Volkswirtschaften gefallen sei. Die Rote Armee hatte ihren Vormarsch in das Innere Galiziens fort. Die Polen fragten dringender in Brüssel an, ob sie auf irgend welche Hilfe rechnen könnten. Die Konferenz beauftragte die Generäle Koch und Wilson, die militärische Lage zu untersuchen.

Die Ruffen sind wieder vor den Karpaten! Heute sind es rote Truppen, und keine Ungarn der I. und II. Armeen, können den Schutz barieren, sondern Ungarn ist durch den Disziplinieren der Entente auf einen Bruchteil seines früheren Umfangs verringert. Das sind Unterschiede, die zu denken geben. Der Vormarsch der Volkswirtschaften in Galizien ist keine politische Angelegenheit mehr, es kann morgen eine europäische sein. Danach sollte man in Spaa handeln. Deutschland und dem Volkswirtschaften überleben.

## Neue Bestätigung der Einnahme Lembergs?

Nach Erklärung der ukrainischen Delegation in Paris sei die Nachricht von der Einnahme Lembergs durch die Volkswirtschaften bisher nicht bestätigt und erlöschende daher als verfrüht.

## Polens Rückzug vor dem Russen.

Am polnischen Generalkonsulatbericht heißt es: Die Polen haben über eine breite Front flüchtig die Verweigerung des Trude der Polen Truppen weichen müssen.

Nach Privatmeldungen ist das 46. Polenregiment, das sich zum großen Teil aus Polencern und Wehrerwehren rekrutierte, sei den letzten Kämpfen völlig vernichtet worden. Nicht weniger Mann sind mit dem Leben davongelommen. Nowos wurde von den Volkswirtschaften eingenommen.









